

Die Menschenrechte regeln das Leben intersubjektiv, das Völkerrecht die Beziehungen zwischenstaatlich. Beides wurde und wird weltweit immer wieder mit Füßen getreten. Die Großmächte (USA, Russland, China) sind hier nicht ausgenommen, im Gegenteil. In Europa wird darüber eher wenig gesprochen, weil die betroffenen Staaten und Menschen oftmals zu weit weg liegen.

Nun findet ein Krieg direkt vor Europas Haustüre statt. Bei vielen geht die Angst um, dass dieser einen selbst treffen könnte. Ohne das menschenrechts- und völkerrechtswidrige Verhalten vieler anderer Staaten zu negieren, widmen wir uns dieses Mal dem Krieg in der Ukraine. Dabei soll uns ein kurzer historischer Streifzug den notwendigen Überblick verschaffen, den Ursachen und insbesondere dem Verhalten Wladimir Putins auf die Spur zu kommen. Was kennzeichnet Autokraten wie Putin? Woran orientieren sie sich? Und was kommt nach dem Krieg?

“Wladimir” der Große - Herrscher der ganzen Rus

VON BERNHARD HOFER



Großfürst Iwan Wassiljewitsch (1440-1505), genannt **Iwan III. der Große**, beendete die Mongolenherrschaft und wurde zum Begründer eines zentralisierten russischen Staates. Schritt für Schritt „sammelte“ er die umliegenden Länder ein. Als „Herrscher der ganzen Rus“ meldete er auch den Anspruch auf den vom Großfürstentum Litauen im 14. Jahrhundert beherrschten westlichen Teil der Rus an. Die Folge waren langandauernde Kriege im 16. und 17. Jahrhundert mit Polen und Litauen.

Die einstige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) war einmal das größte Land der Erde, welches von der Ostsee bis zum Pazifischen Ozean reichte. Die Föderation bestand aus 15 Gliedstaaten. Mitte der 1980er Jahre setzte der Zerfallsprozess der UdSSR ein, eingeleitet durch die absehbare Niederlage der sowjetischen Intervention in Afghanistan, der nuklearen Katastrophe in Tschernobyl und der Mangelversorgung der Bürger aufgrund der wenig effizienten Planwirtschaft. Unter Michail Gorbatschow (Glasnost, Perestroika) wurde versucht, durch Reformen die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Lage zu verbessern. Gorbatschow setzte auf Marktliberalisierung, Autonomie von Unternehmen, Pressefreiheit u. dgl. – doch die wirtschaftliche Abwärtsspirale war nicht mehr aufzuhalten. Die Abschaffung der Breschnew-Doktrin ermöglichte es jedem sozialistischen Staat, frei zu entscheiden, welcher Ideologie er folgen möchte. Sollte sich ein Staat vom Sozialismus abwenden, dann würde die UdSSR keinesfalls eingreifen – so damals Gorbatschow.

Litauen und Estland erklärten im Frühjahr 1990 ihre Selbständigkeit und auch in den anderen Republiken wurden die Klagen der Bevölkerung über Umweltprobleme, die Verbrechen Stalins, Korruption etc. immer lauter. Nach dem Streik der Bergarbeiter in Sibirien und im Donezbecken sprang dieser auf alle größeren Bergbaugebiete der Sowjetunion über. Es folgten die Demokratiebewegung in Polen, die Öffnung der Grenzen in Ungarn und der Fall der Berliner Mauer. Ende 1989 zerbrach das Staatenbündnis, womit die Sowjetunion ihren Führungsanspruch und ihren Status als Großmacht verlor. Am 1. Juli 1991 wurde der Warschauer Pakt offiziell aufgelöst und die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn stationierten sowjetischen Truppen abgezogen. Am 31. Dezember 1991 kam es zur Auflösung der Sowjetunion.

Bis dahin war das Verhältnis zwischen Ost und West vom sog. „Kalten Krieg“ gekennzeichnet. Die Bezeichnung „Kalter Krieg“ geht auf den englischen Autor George Orwell zurück, welcher 1945 in seinem Essay „You and the Atomic Bomb“ auf die gegenseitige Drohung der Supermächte mit einem Atomkrieg verweist. Die politische Ordnung damals war sozusagen eine Ordnung hinsichtlich der jeweiligen Einflusszonen, die wechselseitig akzeptiert wurden. So war es beispielsweise 1961 in Berlin (Mauerbau), 1956 in Budapest oder 1968 in Prag, wo der sowjetische Einfluss mit Panzern durchgesetzt und dies vom Westen weitgehend hingenommen wurde. Bereits 1957 präsentierte die Sowjetunion ihre erste funktionsfähige Interkontinentalrakete der Welt und Anfang der 1960er Jahre war es dann beiden Supermächten (USA, Sowjetunion) möglich, einander mit Interkontinentalraketen zu beschießen. Im Gefolge der Kuba-Krise kam es zu ersten Verhandlungen über eine Rüstungskontrolle. Beide Supermächte bemühten sich fortan, einer direkten Konfrontation aus dem Weg zu gehen; statt-

dessen kam es zu zahlreichen Stellvertreterkriegen wie z.B. in Vietnam, Afghanistan, später dann im Irak, Syrien etc.

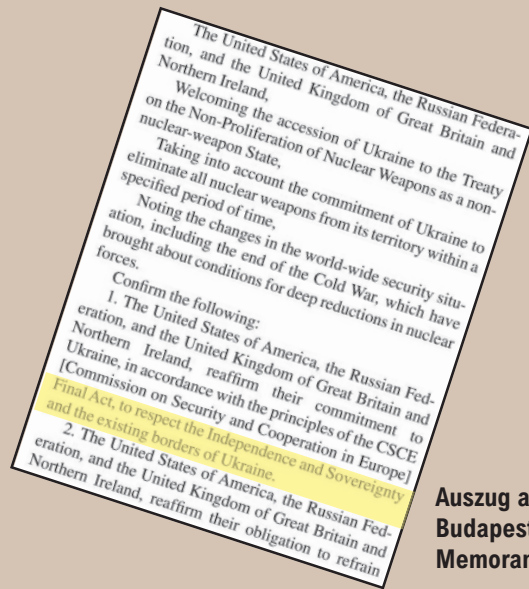
Osterweiterung der NATO

Im Jahr 1990 sicherte der Westen dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zu, dass die NATO nicht weiter nach Osten expandieren werde. Dabei ging es in erster Linie um das Territorium der ehemaligen DDR. Da der Warschauer Pakt zu diesem Zeitpunkt noch existierte, war eine Aufnahme von Polen gar kein Thema.

Am 24. August 1991 erklärte sich die Ukraine für unabhängig, was in einem Referendum im Dezember desselben Jahres von über 90 Prozent der Bevölkerung bestätigt wurde. Auch auf der in den 1950er Jahren der Ukrainischen Sowjetrepublik überlassenen Halbinsel Krim war eine Mehrheit dafür.

Im Budapester Memorandum 1994 verpflichteten sich Russland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien jeweils gegenüber Kasachstan, Belarus und der Ukraine (Letztgenannte besaß zu diesem Zeitpunkt noch das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt) als Gegenleistung für einen Nuklearwaffenverzicht, die Souveränität und die bestehenden Grenzen der Länder zu achten. Die Ukrainer übergaben ihre Raketen an Russland und erhielten dafür Energielieferungen und von den USA finanzielle Hilfe. Das Memorandum wurde von allen betroffenen Ländern unterzeichnet und als völkerrechtlicher Vertrag bei den Vereinten Nationen hinterlegt. China und Frankreich gaben zur Sicherheitsgarantie der Ukraine eigene Erklärungen ab.

In den folgenden Jahren kam es zu einer Annäherung zwischen dem Westen und Russland, bis 1997 die NATO den Staaten Tschechien, Polen und Ungarn erstmals Beitrittsverhandlungen anbot. 2 Jahre später traten diese Länder dem



Auszug aus dem Budapester Memorandum 1994



obwohl die Vergabe von Staatsbürgerschaften in umstrittenen Gebieten durch einen Konfliktpartner als völkerrechtlich umstritten gilt. Die seitens Georgien forcierten Waffenstillstandsabkommen und Friedenspläne für eine gemeinsame Republik wurden von Südossetien immer wieder abgelehnt. Im März 2008 wurden durch die russische Duma Abchasien und Südossetien als eigenständige Staaten anerkannt. Die EU dagegen erklärte ihre Unterstützung für die territoriale Integrität Georgiens. Im Juli 2008 kam es zu offenen Kampfhandlungen zwischen der georgischen Armee und südossetischen Milizen. Daraufhin griffen aus dem Nordkaukasus russische Truppen an und stießen bis ins georgische Kernland vor. Begründet wurde diese

Bündnis bei, was auf russischer Seite große Verärgerung hervorrief.

Seit Mai 2000 (mit Unterbrechung von 2008 bis 2012) ist Wladimir Putin nun Präsident der Russischen Föderation. Der ehemalige KGB-(später FSB)Offizier erlebte unter Präsident Boris Jelzin den 1. Tschetschenienkrieg (1994-96). Die Tschetschenen wählten 1991 einen eigenen Präsidenten und riefen die unabhängige Republik Ischkerien aus, welche von Moskau nicht anerkannt wurde. Der Friedensschluss im Jahr 1996 brachte den Menschen in Tschetschenien keinen Frieden. Auf Befehl des damaligen Ministerpräsidenten Putin begann im Herbst 1999 der zweite Krieg, der offiziell von Moskau als Antiterroraktion bezeichnet wurde. Dabei wurden die Artillerie und die Luftwaffe massiv eingesetzt, Journalisten behinderte man bei ihrer Berichterstattung, es kam zu Folter und Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Die Hauptstadt Grosny wurde in Schutt und Asche gelegt. Im April 2009 wurden die russischen Truppen abgezogen und die Regierungsgewalt liegt nun verstärkt beim 2007 vereidigten und moskautreuen tsche-tschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow, dessen Amtsführung seither von schweren Menschenrechtsverletzungen, Korruption und einem Personenkult geprägt ist.

1990 sagte sich Südossetien von Georgien los. Georgien beanspruchte das Gebiet jedoch weiterhin, hob als Antwort auf die Unabhängigkeitserklärung alle Autonomierechte der Region auf und versuchte Südossetien militärisch zurückzuerobern. Russland unterstützte bereits früh die Sezessionisten in Südossetien und Abchasien finanziell, militärisch und personell; unter Putins Präsidentschaft verteilte ab 2002 Russland Pässe an die Einwohner Abchasiens und Südossetiens,

Intervention seitens Russland mit dem Schutz russischer Zivilisten in Südossetien. Am 12. August kam es schließlich zum Waffenstillstand. Georgien ist heute eine demokratische Republik mit einem starken Präsidialsystem und zentralisierter Verwaltung. Mit Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien pflegt Georgien ein besonders freundschaftliches Verhältnis. Seit 2004 ist Georgien mit der NATO durch einen *Individual Partnership Action Plan* verbunden und plant, in Zukunft der Europäischen Union beizutreten.

Putin und die Selbstbestimmung der Völker

Am 23. Jänner 2012 wurde ein Artikel Putins mit der Überschrift „*Die Selbstbestimmung des russischen Volkes: Eine Vielvölkerzivilisation mit russischem Kern*“ veröffentlicht. Darin schrieb Putin, dass Russland über eine einzigartige historische Erfahrung mit polyethnischer Staatlichkeit verfüge und „*alle Versuche, einen monoethnischen russischen Nationalstaat zu propagieren, im Gegensatz zu unserer tausendjährigen Geschichte*“ stehen. Neben diesem klaren Bekenntnis Putins zum russischen Konstrukt eines Vielvölkerstaates betonte er in Abgrenzung zum europäischen Multikulturalismus und zum amerikanischen Schmelztiegel zugleich den russischen Kern und die Erfahrung mit diesem Vielvölkerstaat. Er wandte sich auch gegen den Nationalismus in den nicht-russischen Peripherien der Föderation, da dieser zu Separatismus führen könnte. Im eigenen Staat bekämpfte Putin die Nationalisten, welche sich an Freiheit und Demokratie orientieren und für freie Wahlen aussprechen.

Nach monatelangen Protesten der ukrainischen Bevölkerung und Absetzung des geflüchteten Staatspräsidenten nach Russland erklärte am 23. Februar 2014 Wladimir Putin, dass man Vorbereitungen zur „*Rückholung der Krim zu Russland*“

treffen müsse, „um den Bewohnern die Möglichkeit zu geben, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden.“ Vier Tage später besetzten russische Truppen wichtige Gebäude und Einrichtungen auf der Krim. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde eine neue Regierung installiert, dessen Parlament sich am 6. März für einen Anschluss an Russland aussprach. Nach einem Referendum, bei welchem sich nach veröffentlichten Resultaten rund 97 Prozent für einen Beitritt aussprachen, wurde am 18. März im Kreml der Vertrag über den Beitritt der Krim sowie der Stadt Sewastopol in den russischen Staatsverband unterzeichnet. Die UN-Vollversammlung erklärte das Referendum und die Abspaltung der Krim für ungültig. Bis Mai 2014 wurden damals mehr als 10.000 Menschen, vorwiegend Krimtataren, Ukrainer und Russen, vertrieben.

Während die russische Regierung ihre Staatsform als gelenkte Demokratie bezeichnet, erscheint diese Herrschaftsform in den Augen des Westens als autoritär oder autokratisch. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen:

Besondere Einflussnahme übt der Staat über die Medien aus. Obwohl die Pressefreiheit durch die russische Verfassung garantiert ist und Russland die UN-Menschenrechtskonvention, welche in Artikel 19 das Recht jedes Menschen auf freie Meinungsäußerung einschließlich des Rechts, seine Meinung zu verbreiten und die Meinungen anderer zu hören, garantiert, befinden sich alle landesweit sendenden Radio- und TV-Stationen entweder direkt in staatlichem Besitz oder zumindest unter staatlicher Kontrolle. Die Folge sind „gleichgeschaltete“ Medien und Medienmacher, die sich durch „Selbstzensur“ auszeichnen. Kritische Medien werden als extremistisch eingestuft und verboten. Die Organisation *Reporter ohne Grenzen* dokumentierte zahlreiche Fälle, bei denen Journalisten mit Gewalt oder gezielten Anschlägen rechnen müssen, sofern sie kritisch über die Regierung und die Politik des Landes berichten. Kurz nach dem Beginn des Krieges mit der Ukraine verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz gegen Falschansagen über das russische Militär. So wurde den Medien auch verboten, das Wort „Krieg“ im Zusammenhang mit der militärischen Ak-

tion Russlands gegen die Ukraine zu verwenden.

Mit einem im Mai 2015 von Putin unterschriebenen Gesetz ist es den russischen Behörden seither ohne Vorwarnung möglich, internationale NGOs auf eine schwarze Liste zu setzen und jedermann, der mit diesen Organisationen in Kontakt ist, zu hohen Strafen zu verurteilen. Ebenso 2015 ermächtigte Putin das russische Verfassungsgericht, das Urteil internationaler Gerichte auf Antrag der Regierung außer Kraft setzen zu können.

Am 16. Oktober 2019 setzte Wladimir Putin einen weiteren Schritt: er veranlasste den Ausstieg aus dem 1989 vom Obersten Rat der Sowjetunion ratifizierten *Genfer Zusatzprotokoll I*, welches die Regeln für Kampfhandlungen wie die Haager Landkriegsordnung von 1899/1907 und die Genfer Abkommen von 1949 im Detail ergänzt. Darin heißt es u. a.: „Angriffe sind streng auf militärische Ziele zu beschränken ... Im Zweifelsfall wird vermutet, dass ein in der Regel für zivile Zwecke bestimmtes Objekt, wie beispielsweise eine Kultstätte, ein Haus, eine sonstige Wohnstätte oder eine Schule, nicht dazu verwendet wird, wirksam zu militärischen Handlungen beizutragen.“ Und in Artikel 56: „Anlagen oder Einrichtungen, die gefährliche Kräfte enthalten, nämlich Staudämme, Deiche und Kernkraftwerke, dürfen auch dann nicht angegriffen werden, wenn sie militärische Ziele darstellen, sofern ein solcher Angriff gefährliche Kräfte freisetzt und dadurch schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung verursachen kann.“

In einem am 12. Juli 2021 von der russischen Regierung auf ihrer Website veröffentlichten 24seitigen Essay von Wladimir Putin, worin dieser die Existenz der Ukraine als eigene Nation in Frage stellt, verschärft Putin seine Gangart. Er vertritt die These, dass Russen, Belarussen und Ukrainer ein gemeinsames Volk sind und zur historischen dreieinigen russischen Nation gehören. Zudem liege die heutige Ukraine auf historisch russischen Gebieten. Für die Krise mit der Ukraine macht Putin antirussische und westliche Verschwörungen sowie Verschwörungen von Anhän-

KRIEGSPROPAGANDA

Vgl. Anne Morelli: *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*. zu Klampen-Verlag, Springer, 2004.

Morellis Werk baut auf den Überlegungen des Engländers Baron Arthur Ponsonby (1871-1946) auf. Ponsonby, ein eingefleischter Pazifist, arbeitete die entscheidenden Mechanismen der Kriegspropaganda heraus, welche Anne Morelli in zehn Kapiteln zusammenfasste. In jedem dieser Kapitel versucht Morelli zu belegen, dass diese nicht nur im Ersten Weltkrieg eine Rolle spielten, sondern seither immer wieder von Konfliktparteien verwendet wurden.

Besonders effizient ist es, negative Gefühle auf den jeweiligen Führer des feindlichen Landes zu konzentrieren, sodass mit ihm der Feind ein Gesicht erhält, welches hassenswerte Züge trägt. So besteht eine einfache Methode darin, bei der Erwähnung feindlicher Staatsführer die Bezeichnungen ‚Präsident‘ oder ‚General‘ in Anführungsstriche zu setzen, was die Rechtmäßigkeit ihrer Funktion sofort schmälert.

Interessant für die jeweilige Sichtweise von Kriegshandlungen ist die Wahl der dabei verwendeten Wörter. Während die eine Seite von „Befreiung“, von „Umsiedlung“, „Friedhöfen“ und „Informationen“ spricht, bezeichnet die jeweils andere Seite dies als „Besatzung“, „ethnische Säuberung“ oder „Völkermord“ bzw. „Massengräber“.

Ein *Überraschungsangriff* ist - solange er von der eigenen Armee ausgeht, legitim, ja zeugt sogar von einer besonders intelligenten Strategie. Wird aber die gleiche Taktik vom Feind praktiziert, ist sie ein Beweis von Feigheit.

Im 10. Prinzip der Kriegspropaganda geht es darum, dass derjenige zum *Verräter* wird, der versucht, sich eine eigene Meinung zu bilden. So war man beispielsweise im Kalten Krieg schnell bereit, jeden, der sich nicht aktiv am Kampf gegen den Kommunismus beteiligte, als Verräter zu beschimpfen.

„Russen, Belarussen und Ukrainer sind ein gemeinsames Volk, welches zur russischen Nation gehört. Schuld an der Ukraine Krise sind antirussische und westliche Verschwörungen.“

„Man hat uns einfach keine andere Möglichkeit gelassen, Russland und unser Volk zu verteidigen, als die, zu der wir heute greifen müssen. Die Umstände verlangen von uns entschlossenes und sofortiges Handeln. Die Volksrepubliken des Donbass haben Russland um Hilfe gebeten. In diesem Zusammenhang habe ich ... die Entscheidung getroffen, eine Sonder-Militäroperation durchzuführen. Ihr Ziel ist der Schutz der Menschen, die seit acht Jahren Misshandlung und Genozid ausgesetzt sind. Und zu diesem Zweck werden wir uns um die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine bemühen und diejenigen vor Gericht stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich der Bürger der Russischen Föderation, begangen haben ...“

„Wer auch immer versucht, uns zu behindern, geschweige denn eine Bedrohung für unser Land und unser Volk zu schaffen, muss wissen, dass die Antwort Russlands sofort erfolgen und zu Konsequenzen führen wird, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie erlebt haben. Wir sind auf jede Entwicklung der Ereignisse vorbereitet. Alle notwendigen Entscheidungen wurden in dieser Hinsicht getroffen. Ich hoffe, dass ich gehört werde.“

gern des Bandera (ein ukrainischer Nationalist, welcher 1959 in München vom KGB ermordet wurde) verantwortlich.

In der zweiten Februarwoche 2022 starteten Russland und Belarus ein großes Militärmanöver nahe der ukrainischen Grenze und zogen rund 150.000 Soldaten zusammen. Beteiligt waren Luftwaffe, Armee-Einheiten aus dem südlichen Militärbezirk sowie die Schwarzmeer- und die Nordmeer-Flotte.

Am 24. Februar 2022 schließlich kündigt Putin eine militärische „Spezialoperation“ gegen die Ukraine an und betritt mit seinen Truppen ukrainischen Boden. Gleichzeitig drohte er anderen Staaten, dass diese im Falle der Unterstützung der Ukraine mit „in ihrer Geschichte noch nie erlebten Konsequenzen“ rechnen müssten. Der Westen deutete dies als indirekte nukleare Bedrohung.

In der Folge belegte die EU in unerwarteter Geschlossenheit Russland mit massiven Sanktionen. Ausschluss aus dem internationalen Zahlungsverkehr, Rückzug zahlreicher Großunternehmen, Einfrieren russischen Vermögens im Ausland u.v.m. Die NATO verstärkte ihre Außengrenze, Hilfskonvois wurden geschickt und Millionen Flüchtlinge bislang aufgenommen.

Der von Putin angestrebte Blitzkrieg geriet aufgrund des für ihn unerwarteten ukrainischen Widerstandes ins Stocken. Die anfangs seitens Russlands abgelehnten und später dann doch stattgefundenen Verhandlungen brachten bislang kein Ergebnis.

Im März 2022 teilte Russland seinen Austritt aus dem Europarat mit. In seinen 47 Mitgliedsstaaten wacht der Europarat über die Einhaltung der Menschenrechte.

Putin und „Der Fürst“

Wer „Der Fürst“ von Niccolò Machiavelli (Il Principe, 1513) gelesen hat, kommt nicht umhin, hier unweigerlich Parallelen zum Verhalten Putins herzustellen. Während – so Machiavelli – ein auch nur mittelmäßig begabter Herrscher aufgrund seiner ererbten (oder legitimierten – Anm. d. Verf.) Macht es relativ leicht hat, erfolgreich zu regieren und nur das Risiko plötzlicher Revolutionen fürchten muss, wo er aufgrund seiner Legitimation nach einem evt. Sturz ziemlich schnell wieder

seine Herrschaft zurückerlangen kann, sind andere Fürsten durch progressives Gedanken-gut weitaus mehr gefährdet.

Etwas komplizierter ist es nach Machiavelli bei der Eroberung eines Gebiets. Steht dieses dem angestammten Herrschaftsgebiet kulturell eher nahe, so reicht es, das vorherige Herrscherhaus zu neutralisieren und die Gesetzgebung und Wirtschaftspolitik möglichst unangetastet zu lassen. Ist die kulturelle Nähe nicht so stark ausgeprägt, so sollte der Herrschaftssitz verlegt oder Kolonien aufgebaut werden. Zudem sollte sich der Herrscher die Unterstützung wenig mächtiger Volksgruppen sichern, um die alten Eliten in Schach halten zu können. Waren die Bürger jedoch in der Vergangenheit mit Rechten und Freiheiten vertraut, so wäre es für den Fürsten am sichersten, den Staat zu zerstören oder seine Residenz dorthin zu verlegen, um allfällige Aufstände möglichst schnell niederschlagen zu können.

Auch Grausamkeit ist nach Machiavelli erlaubt. Er unterscheidet allerdings zwischen deren gutem und schlechten Gebrauch. Gut ist es, Grausamkeit dann zu begehen, wenn sie dem eigenen Machterhalt oder dem Nutzen der Untertanen dienen. Sie sollte dann allerdings möglichst schnell, auf einen Schlag ausgeführt werden, um das Leid nicht unnötig zu verlängern. Für den Fürsten bedeute dies zwar Macht, keinesfalls jedoch Ruhm.

Hinsichtlich der Moral ist vor allem der Schein wichtig. Wenn der Fürst Erfolg haben will, so ist der Wortbruch nahezu unausweichlich. Die Lüge ist ein legitimes Mittel für dessen Erfolg. Sie müsse allerdings im Verdeckten stattfinden, damit die breite Masse weiterhin an die Aufrichtigkeit des Herrschers glaube.

In Anlehnung an den zuvor präsentierten, kurzen historischen Abriss möge der Leser selbst beurteilen, inwieweit sich die von Machiavelli empfohlenen Verhaltensweisen eines Fürsten mit jenen Putins decken.

Macht, Herrschaft und Disziplin – ganz nach der Definition Max Webers – und in dieser Reihenfolge prägen das Denken und Handeln Putins.

„Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleich-

viel worauf diese Chance beruht...Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden... Disziplin soll heißen die Chance, kraft eingeübter Einstellung für einen Befehl prompten, automatischen und schematischen Gehorsam bei einer angebbaren Vielheit von Menschen zu finden.“

Thomas Hobbes (1588-1679) hat in seinem Werk „Leviathan“ den starken Staat präsentiert, dessen vornehmliche Aufgabe und Legitimation darin besteht, für die Sicherheit des Volkes zu sorgen. Seit der Gewaltenteilungslehre von Charles de Montesquieu (1689-1755) steht fest, dass die Bürger vor unangemessenem Zugriff des Staates zu schützen sind. Zahlreiche Terrorakte der vergangenen Jahre und nun insbesondere der Krieg vor der Haustüre der EU haben jedoch die Sehnsucht nach einem starken Staat, der Sicherheit garantiert, wieder aufleben lassen. Totale Sicherheit in Freiheit ist jedoch lediglich eine Illusion und die Suggestivierung dieses Begriffs verleugnet das eigentliche Grundproblem, das es zu lösen gilt: Welches Risiko ist die Gesellschaft bereit, im Interesse ihrer Freiheit (und der Freiheit befreundeter Nachbarn) in Kauf zu nehmen? Der Soziologe Wolfgang Sofsky meint, dass unsere Gesellschaft bereit sei, ihre Freiheit als Preis für mehr Scheinsicherheit zu opfern. *„Die meisten Menschen werden sich für Sicherheit entscheiden, nach der Devise: Was nützt mir die Freiheit, wenn ich tot bin? Das Sicherheitsversprechen des Staates ist eingebaut in die Dynamik der Herrschaft. Dabei besteht die einzige Aufgabe des Staates darin, die Freiheit der Bürger zu sichern. Das ist das oberste Prinzip, an dem alle Maßnahmen zu messen sind.“* Dies verlangt jedoch das Engagement jedes Einzelnen wie auch Stéphane Hessel in seiner Streitschrift betont: *„OHNE MICH ist das Schlimmste, was man sich und der Welt antun kann. Den OHNE MICH-Typen ist eines der absolut konstitutiven Merkmale des Menschen abhanden gekommen: die Fähigkeit zur Empörung und damit zum Engagement.“*

Nina Chruschtschow, die Enkelin des ehemaligen sowjetischen Staatschefs Nikita Chruschtschow, meinte kürzlich in einem Interview in der Zeitschrift Spiegel: *„Putin denkt, Russland sei übers Ohr gehauen worden, und er müsse das zu rechtbiegen. Deshalb möchte er zurück zum Status quo vor 1998, in eine Zeit, bevor der US-Senat der Möglichkeit einer NATO-Osterweiterung zustimmte.“*

Durch Putins Angriff auf die Ukraine wird jedoch nicht nur die gesamte Sicherheitsarchitektur nach dem Ende des Kalten Krieges in Frage gestellt, sondern auch alle bisherigen Anstrengungen in Richtung einer internationalen Friedensordnung auf Basis des Rechts. Am 16. März 2022 gab das höchste Gericht der Vereinten Nationen (UN) einer Klage der Ukraine gegen Russland statt und ordnete an, dass Russland

sofort die militärische Gewalt in der Ukraine beenden und dafür Sorge tragen muss, dass andere von Russland kontrollierte oder unterstützte Kräfte diese Operationen nicht fortführten. Russland selbst blieb der Verlesung dieser Entscheidung fern. Wladimir Putin hatte zuvor als Rechtfertigung erklärt, dass Russen in der Ostukraine vor einem Völkermord geschützt werden müssten; Beweise dafür wurden keine vorgelegt.

Und was nach dem Krieg?

Wie lange der Krieg in der Ukraine noch andauern wird, ob die laufenden Verhandlungen zu einem positiven Ende kommen werden, sich der Krieg ausweitete und noch mehr Leid verursacht, um letztlich alle als Verlierer dastehen zu lassen, kann derzeit niemand sagen. Gewalt zu stoppen, ist wichtig, aber was soll danach kommen?

Am Beispiel des einstigen Jugoslawien-Krieges kann man gut nachvollziehen, wie lange die künftige Aufarbeitung der Kriegsfolgen für alle Beteiligten sein wird. Es erscheint deshalb schon heute wichtig, darüber nachzudenken. Traditionelle Konfliktlösungen haben sich oft auf Vereinbarungen zwischen politischen Führern jeder Seite konzentriert. Für einen langfristigen Frieden und Stabilität reicht es allerdings nicht, den Krieg/Konflikt zu lösen, sondern man muss sich auf die Wiederherstellung von Vertrauen, Freundschaft und Harmonie zwischen ehemaligen Gegnern konzentrieren. Wahre Versöhnung kann nicht durch äußere Kräfte aufgezwungen werden.

Ein möglicher Ansatz – in Anlehnung an Robert Putnams *Sozialkapitalbegriff* – wäre es, auf das Sozialkapital zu setzen, also auf den kollektiven Wert aller sozialen Netzwerke und Neigungen, die sich aus diesen Netzwerken ergeben, insbesondere auf die inklusiveren Formen, die verschiedene heterogene Gruppen „überbrücken“ oder Verbindungen zwischen ihnen aufbauen. (PUTNAM, 2000) Würde man allerdings solch sinnvoll erscheinende Kontakte zwischen den Mitgliedern gegnerischer Gruppen minimieren, so wäre dies ein weiterer Schritt, um die „Anderen“ als minderwertige Wesen, Verräter oder als Feinde zu bezeichnen und ein gesellschaftliches Schisma zu schaffen, welches von der Zugehörigkeit wie Nationalität, Sprache, Religion oder Ethnizität begleitet wird.

Die ukrainische und die russische Zivilgesellschaft haben es in ihrer Hand, zumindest langfristig, einander wieder zu versöhnen – mit oder ohne Putin. Helfen wir mit. Als Europäer sind wir dabei doppelt in die Pflicht genommen. (Stand 17.3.2022)

Literatur

Der Spiegel 4/2022

Genfer Zusatzprotokoll I. <https://ihl-databases.icrc.org/applic/ihl/ihl.nsf/INTRO/470>

Halbach, Uwe: Russisch oder Russländisch? Putin und die nationale Frage. In: SWP-Aktuell. Stiftung Wissenschaft und Politik. Februar 2012

Hessel, Stéphane: Empört euch! Ullstein, 2011

Putnam, Robert: Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon and Schuster, 2000

Sofsky, Wolfgang: Wir kehren zurück in normale historisch, gefährliche Zeiten. Süddeutsche Zeitung Nr. 194, 24. 8. 2006, S.11

Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe. J.C.B. Mohr Tübingen, 1981